

ZBB 2012, 480

BGB §§ 280, 311; WpHG § 37a

Zur Aufklärungspflicht der Bank bei einfachen Zinsswap-Geschäften zu Absicherungszwecken

OLG München, Hinweisbeschl. v. 27.03.2012 – 5 U 4137/11 (rechtskräftig; LG München I), EWiR 2012, 653 (Ruland/Wetzig)

Leitsätze der Redaktion:

- 1. Bei Abschluss eines Zinsswap-Geschäftes bedarf es zur Erfüllung der Aufklärungspflicht wirtschaftlicher Analysen der Gegenwart sowie fundierter Zukunftsprognosen; in der Beratung präsentierte Zahlen aus der Vergangenheit ermöglichen dem Anleger keine fundierte Risikoabschätzung.**
- 2. Der Abschluss von Gegengeschäften in Kenntnis der Verluste des Erstgeschäfts berührt die Kausalitätsvermutung nicht.**
- 3. Ist der Bankberater subjektiv von der Ordnungsgemäßheit seiner Aufklärung ausgegangen, ist ihm lediglich ein Fahrlässigkeitsvorwurf zu machen.**
- 4. Die Verjährung nach § 37a WpHG beginnt mit dem Erwerb des Derivats, mithin mit Abschluss des Swap-Vertrags.**